

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinwendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 14. Juni 1930

34. Jahrgang

Nummer 24

Für den Schutz der Arbeitskraft und gegen wirtschaftliche Katastrophenpolitik

Die große Kundgebung der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen am 30. Mai in Berlin wurde bereits in der Nr. 23 des „Steinarbeiter“ kurz erwähnt. Neben den Führern der Gewerkschaften war auch die Regierung mit dem Reichsarbeitsminister Stegerwald stark vertreten.

Aus dem Referat von Franz Spliedt „Für den Schutz der Arbeitskraft“ bringen wir folgenden Auszug:

Die außerordentlichen Staatsschwierigkeiten, in denen sich Reich, Länder und Kommunen befinden, bilden zur Zeit den erwünschten Anlaß, einen Generalangriff gegen die Einrichtungen der deutschen Sozialpolitik durchzuführen. Zu untersuchen ist daher die Behauptung, ob in der Tat die Sozialpolitik Ursache der gegenwärtigen Finanznot des Reiches ist und ob durch einen Abbau der Sozialpolitik eine Sanierung der öffentlichen Wirtschaft und gleichzeitig eine Belebung der Volkswirtschaft erzielt werden kann.

Da die Angriffe in erster Linie gegen die deutsche Sozialversicherung richten und eine Einschränkung dieser sozialen Leistungen verlangen, seien zunächst die Verhältnisse innerhalb der Sozialversicherung, besonders diejenigen innerhalb der im Mittelpunkt des Kampfes stehenden Arbeitslosenversicherung noch einmal geschildert. Wenn die Arbeitslosenversicherung mit einer Verschuldung gegenüber dem Reich von fast 800 Millionen heute in der Tat zu einer der schwersten Belastungen des Reichsetats geworden ist, so ist dafür weder eine falsche Konstruktion der Versicherung, noch ein ins Gewicht fallender Mißbrauch der Leistungen, sondern ausschließlich die fürchterliche Arbeitslosigkeit verantwortlich. Diese Lasten zu tragen, ist die vornehmste Pflicht des Staates, solange die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme der Arbeitssuchenden in die Wirtschaft nicht gelingt. An dieser Notwendigkeit kann durch keinerlei Reform Wesentliches geändert werden; daher können auch keinerlei Reformen wesentliche finanzielle Entlastungen zur Folge haben. Auch die Beschlüsse, die der Vorstand der Reichsanstalt gegen die Stimmen der maßgebenden Gewerkschaften gefaßt hat, können diesen Erfolg nicht haben. Sie müssen andererseits gegenüber der verhältnismäßig geringen erhofften Ersparnis von etwa 100 Millionen Reichsmark eine berechtigige Empörung in der gesamten, von ihnen betroffenen Arbeitnehmererschaft auslösen. Nicht auf dem Wege kleinlicher und schikanöser Beschränkungen der Leistungen, sondern nur auf dem Wege gesunder und auf lange Sicht angelegter Arbeitsmarktpolitik kann eine wirkliche Entlastung erzielt werden. Dagegen kann heute und wahrscheinlich auf absehbare Zeit hinaus auf eine umfassende Versorgung der Arbeitslosen, die insbesondere eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit in sich schließt, nicht verzichtet werden.

Trüg ist auch die Auffassung, daß die zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung notwendigen Mittel durch den Abbau sonstiger Sozialleistungen, insbesondere derer der Krankenversicherung, eingepart werden könnten. Ziel der auch von uns als notwendig anerkannten organisatorischen Reform der Krankenversicherung kann nur die gesteigerte Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit dieser Versicherung, niemals aber die Beschränkung ihrer Leistungen sein.

Mit dem Kampf um den Abbau der sozialen Leistungen verbinden sich, und zwar nicht zufällig, die Angriffe des Unternehmertums auf das Lohnniveau des deutschen Arbeitnehmers. Niemals werden die Gewerkschaften anerkennen, daß eine weitere Verminderung der Marktlöhne gerade der deutschen, vornehmlich auf den Inlandsmarkt angewiesenen Wirtschaft einen gesunden Antrieb geben könnten. Der Kampf um die Sozialversicherung und der Kampf um den Lohn verfolgen beide das gleiche Ziel: Bei der Verteilung der inneren Lasten in Deutschland den Lebensstandard des deutschen Arbeitnehmers zu senken. Demgegenüber erklären die Gewerkschaften rechtzeitig und deutlich in aller Deutlichkeit, daß sie solchen Versuchen den feierlichen Protest und die ganze Widerstandskraft der deutschen Arbeitnehmererschaft entgegenstellen werden.

Aus dem Referat von W. Eggert „Gegen wirtschaftliche Katastrophenpolitik“ geben wir folgendes wieder: Wenn von der katastrophalen Wirtschaftslage gesprochen wird, so darf dieses Urteil nicht unbesehen hingenommen werden. Es ist ein Unterschied zu machen zwischen der Lage auf dem Arbeitsmarkt, die tatsächlich katastrophal ist, und der Entwicklung der Unternehmungen, die im Durchschnitt die gleichen Mengen produzieren wie in den Vorjahren und die gleichen Dividenden verteilen konnten. Während also die Arbeitskraft brach lag, ist bei den Unternehmungen nur eine Stocung eingetreten.

Die Ursachen der augenblicklichen Krise sind die oft falschen Rationalisierungsmassnahmen, die Zollpolitik, die Preispolitik der Kartelle und besonders die rückwärtslose Drosselung der Auslandskredite.

Die von der Unternehmern vorgeschlagene Lohnsenkung würde bedeuten, daß die Kaufkraft des Binnenmarktes, der mehr als vier Fünftel der deutschen Produktion aufnimmt, geschwächt würde. Wie kann man überhaupt von einer Senkung der Löhne in einem Augenblick sprechen, in dem die Regierung sich bemüht, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben? Die Gewerkschaften verlangen im Gegenteil Preisentfaltungen, um die verminderte Kaufkraft wieder anzulegen. Wenn diese Preisentfaltungen zu einer zeitweiligen Verzögerung der Rentabilität führen, so ist das volkswirtschaftlich gerechtfertigt. In Notzeiten muß eben die Kapitalbildung hinter der Forderung nach Stärkung der Kaufkraft zurücktreten. Das fehlende Kapital ist vom Auslande hereinzuholen.

Die dürftige Lebenshaltung der Erwerbslosen muß trotz der augenblicklichen Krise sichergestellt werden. Die Gewerkschaften

haben schon vor Monaten ein Notopfer vom Besitz und Vermögen gefordert. Freilich schaffen Steuern keine neue Kaufkraft, aber sie lenken die Kaufkraft an die gefährdeten Punkte und können daher, planmäßig angewendet, eine Wirtschaftsbelebung in die Wege leiten. Die Regierung hat die Pflicht, planmäßige Konjunkturpolitik zu treiben und insbesondere eine Stärkung des Baumarktes zu erstreben.

Der Redner schloß mit den Worten:

„Her mit einem auskömmlichen Notopfer auf Besitz und Einkommen zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung!“

Her mit einem allgemeinen Preisabbau! Her mit einer vernünftigen Konjunkturpolitik der Auftragsbehörden!

Die Not ist groß. Die Stunde mahnt. Alle Verantwortlichen mögen sich bewußt sein: Es geht ein Schrei durch das Volk: Verantwortliche, gebt Arbeit!

Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald nahm zu den angeschnittenen Problemen Stellung. Er ging aus von der gegen-

Sächsische Landtagswahl!

Am 22. Juni werden in Sachsen die Landtagsabgeordneten neu gewählt. Bei dieser Wahl steht für das arbeitende Volk nicht nur Sachsens sehr viel auf dem Spiel; denn große Teile des sogenannten Bürgertums treiben durch ihre kurzsichtige und arbeiterfeindliche Politik zu Zuständen, wie wir sie in Thüringen mit dem Naziminister Frick beobachten können. Sachsen, das ausgeprägteste Industrie- und gewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaft darf nimmermehr zum Spielball politischer Säuglinge werden! Darum, Kollegen und Verbandsmitglieder, keiner stehe abseits im Werben und Wirken für eine lückenlose proletarische Stimmenabgabe, und keiner darf im Zweifel darüber sein, welcher Partei er zum Erfolg verhelfen muß.

Die Lebensinteressen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft werden nur von der Sozialdemokratischen Partei ehrlich und wirksam vertreten! Alle Verleumdungen und Verdächtigungen im Wahlkampf und auch sonst dürfen keinen unserer Kollegen kopfscheu machen; denn der ganze Wahlkampf ist lediglich darauf zugeschnitten, den Einfluß der aufgeklärten Arbeiterschaft zurückzudrängen. Deshalb auch der gehässige, verleumderische Kampf aller anderen Parteien gegen die politische Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft.

Der Wahltag in Sachsen am 22. Juni hat, wie bereits angedeutet, über Sachsens Grenzen hinaus Bedeutung für das gesamte arbeitende Volk in der deutschen Republik. Darum, Kollegen und Verbandsmitglieder, am 22. Juni wird die Stimme abgegeben nur für die Sozialdemokratische Liste. Rüttelt Säumige wach, Wankelmütige richtet auf, laßt euch durch Wahllügen von rechts und links nicht irre machen. Sachsens Arbeiterschaft wird am 22. Juni beweisen, daß sie, ihrer Vergangenheit gedenkend, auch für die Zukunft zu bauen versteht.

wärtigen Weltkrise, die in den großen strukturellen Wandlungen in der Weltwirtschaft ihre Ursache hat. Die Produktionsfähigkeit in Industrie und Landwirtschaft sind dem Bedarf weit vorausgeeilt. (Aus dieser Erkenntnis müßte der Minister auch schließen, daß der Bedarf zweifellos befriedigt werden kann, wenn die notwendigen Voraussetzungen dazu geschaffen werden. Anm. d. R.) Stegerwald kam dann auf die Krisen der Landwirtschaft, auf die Verknappung des Kapitalmarktes usw. zu sprechen. Die Kapitalnot ist groß, denn um 2 Millionen Arbeitslose normal beschäftigten zu können, sind etwa 6 Milliarden Mark notwendig. Bei 70 Milliarden Mark Volkseinkommen entfallen 46 Milliarden auf Löhne und Gehälter, davon auf Arbeiter und Angestellte 33 bis 34 Milliarden. Deutschland gibt aus für Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung 6,5 Milliarden, für Wohlfahrtspflege 1,5 Milliarden, für Kriegsbeschädigte 1,4 Milliarden, an Beamtenpensionen 1,9 Milliarden, für Reparationen 2 Milliarden und an höheren Zinsen 2 Milliarden. Das macht für diese sechs Posten allein über 15 Milliarden Mark oder 20 Prozent des Volkseinkommens oder 30 Prozent der Löhne und Gehälter oder etwa 44 Prozent des Einkommens, das die versicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten beziehen. Die Reichsregierung hofft, wenn der Reichstag ihren Vorschlägen zustimmt, in kurzer Frist 120 bis 150 000 Arbeitern Arbeit und Brot verschaffen zu können. Für die übrigen Arbeitslosen muß gesorgt werden.

Die Aussprache brachte eine wertvolle Ergänzung der in den Hauptreferaten vorgebrachten Forderungen und Vorschlägen. Zugleich waren sie eine schwere Anlage gegen die verkehrte Wirtschaftspolitik in Deutschland. Der Vorsitzende des deutschen Bau-

gewerksbundes, Nicolaus Bernhard, befaßte sich in erster Linie mit der Krise auf dem Baumarkt, wobei er auch auf den Straßenbau hinwies. Seitdem es eine Organisation der Bauarbeiter gibt, hat es noch niemals ein solches Elend unter den Bauarbeitern gegeben wie gegenwärtig. Mehr als 600 000 Bauarbeiter aller Berufe sind arbeitslos. Bernhard belegte diese Behauptung sehr wirkungsvoll mit Ziffern aus den Verbänden der Zimmerer, Maler, Dachdecker und Steinarbeiter. Im Vorjahr haben 100 000 Bauarbeiter noch nicht einmal 26 Wochen Arbeit gehabt. Diese Zahl wird sich auf mindestens 250 000 in diesem Jahre erhöhen. Der Baugewerksbund hat vom 1. Oktober 1929 bis 1. April 1930 rund 11 Millionen Mark für Unterstutzungen aufgewandt. Nach Berechnungen der Baugewerks-Berufsgenossenschaften haben die Bauarbeiter ein Jahreseinkommen von 1676 Mark. Es ist höchste Zeit, daß etwas gegen diese Katastrophe geschieht. Die heutige Kundgebung muß als ein SOS-Ruf der großen Gefahr gelten. Der Kollege Schöller vom Textilarbeiterverband beleuchtete die Verhältnisse in der Textilindustrie. Auch hier Massenelend unter der Arbeitererschaft. Dabei wird die Rationalisierung in der Textilindustrie noch weiter durchgeführt. Die Mechanisierung geht so weit, daß ein Arbeiter bis 16 mechanische Webstühle bedienen muß. Kein Wunder, daß die Arbeitslosigkeit so mächtig anschwillt. Recht treffende Ausführungen machte Dr. Croner als Vertreter des Fabrikbundes. Die Angestellten fühlen sich mit den Arbeiterverbänden durchaus solidarisch im Kampfe gegen den Abbau der Arbeitslosenversicherung. Die von den privaten Angestelltenverbänden gemachten Vorschläge zielen darauf hinaus, aus der Arbeitslosenversicherung eine veredelte Armenfürsorge zu machen. Das sind Handlangerdienste für die Reaktion.

Der Vorsitzende des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Alwin Brandes, ging in seinen Ausführungen auf die Konflikte in der Schwerindustrie ein. Es ist bezeichnend, daß stets jeder Generalangriff auf Löhne oder Arbeitszeit von der weitestgehenden Schwerkindustrie zuerst angezettelt wird. Alle anderen Zweige der Wirtschaft sollen dann zu gleichem Vorgehen veranlaßt werden. So auch jetzt wieder. Eine Senkung der Eisenpreise ist notwendig. Andere Länder sind in dieser Beziehung schon längst vorangegangen. Die hohen Eisenpreise sind um so weniger berechtigt, weil die Erzpreise, die Frachtpreise und die Schrottpreise usw. wesentlich niedriger stehen. Zu dem verbilligten Rohmaterial kommen noch die Wirkungen der Rationalisierung. Der Verkaufsaufseits großer Konzerne führt zur Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte. Eine Lohnsenkung würde die Wirkung der Preisentfaltung völlig aufheben. Die gleichen Kreise, die ein einmaliges Notopfer für die Besitzenden ablehnen, sind aber damit einverstanden, daß die schlechtbezahlten Arbeiter der Schwerindustrie ein dauerndes Lohnopfer von 10 Prozent bringen sollen. Die Arbeiterschaft kann sich das nicht gefallen lassen. Der Reichsarbeitsminister lehnt eine schwere Verantwortung auf sich, wenn er diesen Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Der Vorsitzende dieser Versammlung, Peter Grafmann, faßte zum Schluß den Ernst der Situation noch einmal zusammen. Die Arbeiterschaft werde jetzt alle Kräfte zusammenfassen, um in den kommenden Stürmen bestehen zu können. Wenn es keine Gewerkschaften gebe, so müßten sie in dieser Zeit geschaffen werden, da ohne sie der Arbeitende sowohl als der Arbeitslose von Lohndruck und Arbeitslosigkeit zermalmt würden. Es liegt nun an der Regierung und an den Unternehmern, ihr Möglichstes zu tun!

Die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitskrise werden noch längere Zeit im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Der Bundesausschuß des ADGB hat bereits schon früher Vorschläge gemacht, wie die Schwierigkeiten beseitigt werden könnten. Dazu gehört neben der Verkürzung der Arbeitszeit, deren Notwendigkeit bei fortschreitender Rationalisierung der Wirtschaft immer mehr hervortritt, die Bereitstellung von Mitteln zur Weiterführung aller öffentlichen, den Arbeitsmarkt belebenden Arbeiten, des Wohnungsbaues, insbesondere des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues, des Straßenbaues, dann ist die Ausdehnung der Krisenfürsorge ein dringendes Gebot. Angehts dessen, daß die Städte rund 300 000 Erwerbslose in der Wohlfahrt zu betreuen haben, forderte der Bundesausschuß die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe, sowie die Einführung einer für die Dauer der Arbeitslosigkeit unbegrenzten Bezugsdauer. Jede Regierung wird in Deutschland scheitern, die es nicht versteht, das Arbeitslosenproblem zu lösen!

Kleinpflaster oder Leertstraße?

Herr Landesoberbaurat Becker vertritt in der Denkschrift zum Etat 1930 der Kurhessischen Landstraßenbauverwaltung die Anschauung, daß die Leertstrassen bei jeder ernsthaft in Frage kommenden Lebensdauer der Kleinpflasterdecke wirtschaftlich überlegen sei. Die Ausführungen der Denkschrift sind von interessierter Seite in die breite Öffentlichkeit der Tagespresse, vor allem der Provinzpresse geleitet worden.

Ein Fachmann, Stadtbaurat Dr.-Ing. Trauer, Breslau, nimmt einen in dem Mindener Tageblatt Nr. 95 erschienenen Artikel „Geldnot und Straßenbau“, der sich die Ausführungen der Beckerschen Denkschrift zu eigen macht, zum Anlaß, um die dort und in der Beckerschen Denkschrift aufgestellten Behauptungen zu widerlegen.

In seiner Widerlegung führt Dr. Trauer unter anderem aus: 1. Herr Becker hat noch im Jahre 1927 in einem Aufsatz „Das Fazit 1927“ (erschienen in der Zeitschrift „Die Steinstraße“, Nr. 3,

1928) die Überlegenheit des Kleinpflasters ausdrücklich anerkannt. Es berührt daher eigentümlich, wenn er zwei Jahre später einen völlig entgegengesetzten Standpunkt einnimmt. Die Begründung, daß jener Aufsatz für die Gesamtheit der deutschen Techniker bestimmt war, die Denkschrift aber nur für die hessischen Körperschaften, ist nicht stichhaltig.

2. Herr Becker vergleicht eine 5 Meter breite neuzeitliche Decke ohne seitlichen Rantenstreifen mit einer 5 Meter breiten Kleinpflasterdecke mit beiderseitigem je 0,5 Meter breitem Schutzstreifen im Tränkverfahren, also 5 Meter Nutzbreite mit 6 Meter Nutzbreite. Die Unterhaltungskosten für Kleinpflaster mit 0,05 Mark pro Quadratmeter sind bei dem zum Vergleich bei Bauweisen anzunehmenden mittelstarken Verkehr nicht gerade knapp, die für Tränkdecken mit 0,10 Mark pro Quadratmeter bei diesem Verkehr für zu niedrig gegriffen. Das Prinzip der Zerstörung, bei dem die Decke innerhalb ihrer Lebensdauer nur notdürftig unterhalten wird, um dann völlig erneuert zu werden, ist unhaltbar und führt daher zu falschen Ergebnissen.

3. Die Erfahrungen der Autoverkehrsbahn in Braunschweig ergeben, daß Kleinpflaster bei den meisten Verkehrsarten und -arten zu den wirtschaftlichsten Befestigungen gehört.

4. In der Denkschrift wird eine Kleinpflasterdecke von 40 Jahren Lebensdauer einer Tränkdecke von 15 Jahren gegenübergestellt. Eine solche Kleinpflasterdecke ist brauchbar und haltbar für Verkehrsarten noch über 2000 t p. Tag, eine Tränkdecke kann für solche von 1000 t pro Tag, wenn nicht der Unterhaltungsaufwand außerordentlich ansteigen soll. Kleinpflaster kann bei sorgfältiger Herstellung mit 0,02 bis 0,03 Mark pro Quadratmeter jährlich unterhalten werden bei einem Verkehr, bei dem die Tränkdecke etwa 0,35 Mark pro Quadratmeter erfordert. In vielen Großstädten sind Kleinpflasterstraßen mit schwerem Verkehr vorhanden, die in 15 bis 20 Jahren noch nicht die geringsten Unterhaltungskosten verursacht haben und heute noch tadellos liegen. Bei Zugrundelegung obiger Zahlen ergibt sich bei Zinsfuß von 5,78 Prozent in jedem Falle noch eine wirtschaftliche Überlegenheit des Polygonal-Kleinpflasters.

5. Die Behauptung, daß das Risiko bei Ausführung von Kleinpflaster größer sei als bei neuzeitlichen Decken, trifft nicht zu. Es ist allgemein bekannt, daß das seit Jahrzehnten eingebürgerte Kleinpflaster von jedem Steinsetzmeister einwandfrei ausgeführt werden kann, während der Bau der meisten neuzeitlichen Decken eine ungewöhnlich große Erfahrung der Unternehmungen voraussetzt.

6. Soziale Rücksichten drängen zum Bau von Kleinpflasterstraßen, da der Anteil der Löhne bei Kleinpflaster wesentlich größer als bei den neuzeitlichen Decken ist, wenn man alle inländischen Löhne, also auch die in dem Steinbrüche geleisteten berücksichtigt. Wenn die Steinarbeiter feiern — wie es zur Zeit in ganz Deutschland in größtem Ausmaß der Fall ist, so müssen sie trotzdem zur Fristung ihres Lebens Erwerbslosenunterstützung erhalten. Es ist daher Aufgabe aller verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß nicht auf der einen Seite wertvolle Kräfte unbeschäftigt bleiben und gleichwohl unterhalten werden müssen, während auf der anderen Seite aus Mangel an Mitteln billigere Bauweisen dort angewendet werden, wo sie wirtschaftlich nicht am Platze sind.

Dr. Trauer kommt daher zu dem Schluß, daß die Kleinpflasterdecke bei dem im allgemeinen auf den Landstraßen herrschenden mittelstarken Verkehr wirtschaftlich der Tränkdecke überlegen ist. Er ist der Anschauung, daß nicht Fachleute aus der Not eine Tugend machen sollten, um mit Zahlen zu rechtfertigen und für richtig zu beweisen, was bei gewissem Verkehr nur ein Notbehelf sei.

Aus den Ausführungen ergibt sich die dringende Forderung, daß in den meisten Fällen wirtschaftlichste Straßenbauweise, der Kleinpflasterstraßen, in Zukunft größere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Vor allem sollte bei Kostensparungen für Straßenbau und bei sonst mit öffentlichen Mitteln unterstützten Straßenbauten hauptsächlich die Kleinpflasterdecke gewählt werden, da der Baustoff und der Bau selbst in weitestem Maße Lohnarbeit bringen und so die Erwerbslosennot mildern.

Sahlen aus der Sozialversicherung

Mehr wie zu anderen Zeiten wird heute über die deutsche Sozialversicherung geschrieben. Während auf der einen Seite von den Arbeitgebern Abbaumaßnahmen, Leistungseinschränkungen, Ab-

schwächung der Selbstverwaltung usw. gefordert werden, versuchen die freien Gewerkschaften die Versicherung in ihrem heutigen Umfang mit allen Kräften zu verteidigen und zu erhalten. Leider bringt eine große Anzahl Versicherter und Arbeitnehmer dieselben so wichtigen Dingen nicht das nötige Interesse entgegen. Sie wissen höchstens, daß ihnen irgendein Versicherungsträger bei Krankheit, Wochenbett, Betriebsunfall oder beim Eintreten der Invalidität Leistungen zu gewähren hat. Damit hört ihre Sachkenntnis aber meist auch gleich auf. Diese Arbeiter sind nicht im Bilde, welche Bedeutung die Versicherung für das Volksganze, für das gesamte Wirtschaftsleben usw. hat. Die in den folgenden Zeilen angegebenen Zahlen sollen einmal die Tatsache dieser allgemeinen Bedeutung der Versicherungseinrichtungen erhärten.

Die einzelnen Versicherungszweige umfassen heute folgende Mitglieder:

Krankenversicherung	21,6 Millionen
Anfallversicherung	23,3 Millionen
Invalidentversicherung	18,0 Millionen
Knappschaftsversicherung	0,8 Millionen
Angestelltenversicherung	3,3 Millionen
Arbeitslosenversicherung	17,0 Millionen

Man kann aber nun nicht einfach diese Zahlen zusammenrechnen, um die Gesamtzahl der überhaupt in Deutschland unter den Versicherungsschutz fallenden Arbeitnehmer zu erhalten. Es geht dies aus dem Grunde nicht, als ja jeder einzelne Versicherte meist gleichzeitig mehreren Versicherungszweigen angehört. In den obigen Zahlen sind jedoch diejenigen Betreuten nicht mit einbezogen, die als Familienangehörige der Versicherten Ansprüche auf Leistungen haben. Daß diese Zahl ebenfalls nicht gering ist, geht daraus hervor, daß man beispielsweise allein die durch die Krankenversicherung betreuten Familienangehörigen auf rund 17 Millionen schätzt. Im großen und ganzen rechnet man damit, daß rund $\frac{2}{3}$ der gesamten Bevölkerung durch die sozialen Versicherungseinrichtungen erfasst sind. Interessant sind auch die folgenden zahlenmäßigen Angaben. Diese zeigen die ungeheure wirtschaftliche Bedeutung der Versicherungen. (Teilweise handelt es sich bei diesen Zahlen um Schätzungen.) Die gesamte Beitragseinnahme der Sozialversicherung betrug im Jahre 1929 rund 4974 Millionen RM. (Es sind hier sämtliche Zweige der Versicherung zusammengekommen.) Die gesamte Einnahme überhaupt (einschließlich Zinsen usw.) betrug im gleichen Zeitraum 5700 Millionen RM. Aus diesen beiden Zahlen geht hervor, daß sich die Einnahmen zum weitaus größten Teil aus den Beiträgen der Arbeitgeber und der Versicherten zusammensetzen. Im gleichen Jahre betrug die gesamten Ausgaben für Leistungen 4986 Millionen RM. Die Ausgaben insgesamt (einschließlich Verwaltungskosten usw.) werden mit 5380 Millionen RM. angegeben. Das gesamte Reinerlösen der Versicherungsträger wird mit rund 4000 Millionen RM. angenommen. Bedenkt man, daß die Ausgaben eines einzigen Jahres 5,380 Milliarden betragen haben und vergleicht man damit das Vermögen der Versicherungsträger (4 Milliarden RM.), so muß man zu der Folgerung kommen, daß von einer wirklichen Rücklage, auf die im Falle der Not zurückgegriffen werden kann, nicht die Rede sein kann.

Kolleginnen und Kollegen Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Die Zahl der bei den Versicherungsträgern tätigen Angestellten und Beamten betrug im Jahre 1928 etwa 60 000. Im Verhältnis zu anderen Einrichtungen mit einem ähnlich hohen Umsatz (Reichsbahn, Reichspost) erscheint die Zahl der hauptberuflich Tätigen in der Sozialversicherung gering. Es kommt aber noch dazu, daß eine große Zahl Personen ehrenamtlich als Vertreter in den Organen der Versicherungsträger tätig sind. Genaue Angaben fehlen hierüber. Die Zahl von 300 000 wird jedoch nicht zu gering sein. Viel geschrieben und geredet wird stets über die hohen Verwaltungskosten der Versicherungsträger. Diese sind jedoch lange nicht so hoch, wie immer wieder behauptet wird. So betragen im Jahre 1928 im Verhältnis zu den Gesamtausgaben die Verwaltungskosten in der

Krankenversicherung	6,6 Prozent
Invalidentversicherung	6,5 Prozent
Angestelltenversicherung	9,32 Prozent
Anfallversicherung	13,58 Prozent

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die angegebene Krankenversicherung die niedrigsten Verwaltungskosten hat.

Diese angegebenen Zahlen mögen genügen. Sie zeigen, welchen Umfang und welche Bedeutung die Sozialversicherung hat. Unsere Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen und einzutreten, daß die Versicherungen mindestens in ihrem heutigen Umfang erhalten bleiben!

Erste Hilfe bei Betriebsunfällen

Betrachtet man die Geschäftsberichte der Berufsgenossenschaften, so liest man immer wieder Klagen darüber, daß die Vorsorge für die erste Hilfe bei Unglücksfällen in sehr vielen Betrieben sehr viel zu wünschen übrig läßt. Wenn sich in einigen Betrieben auch die Verbandsstellen in gutem Zustande befinden, so fehlen sie bei anderen Betrieben entweder ganz oder sind in einem sehr mangelhaften Zustand, oder so verformt, daß ein derartiger Verband eher schädlich ist, als daß er eine „erste Hilfe“ darstellt. Wie bekannt sein dürfte, sind die Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung verpflichtet, dafür zu sorgen, daß bei Unfällen dem Verletzten eine wirksame erste Hilfe zuteil wird. In den Unfallverhütungsvorschriften können die Genossenschaften den Arbeitgebern Verpflichtungen für die erste Hilfe bei Unfällen auferlegen. Von dieser Ermächtigung haben wohl auch sämtliche Träger der Unfallversicherung Gebrauch gemacht. Durch besondere technische Aufsichtsbeamte lassen die Genossenschaften die Betriebe daraufhin kontrollieren, daß die Unfallverhütungsvorschriften und damit die Vorschriften über die erste Hilfe auch wirklich eingehalten werden. Leider werden diese Kontrollen noch lange nicht in dem gewünschten und dem notwendigen Maße vorgenommen, sonst dürften derartige Klagen, wie sie eingangs angeführt wurden, nicht immer wieder laut werden.

Aber nicht nur die Berufsgenossenschaften haben die Pflicht, über die Sicherheit von Körper und Leben der Arbeitnehmer zu wachen, sondern auch die allgemeine Gewerbeaufsicht durch die Gewerbeaufsichtsbeamten. Daß diese auch keine guten Erfahrungen gemacht haben, zeigt ein Schreiben, welches der preussische Minister für Volkswohlfahrt gemeinsam mit dem preussischen Minister für Handel und Gewerbe an ihre nachgeordneten Behörden und Stellen gerichtet haben. Es heißt in demselben: „Es hat sich gezeigt, daß in den gewerblichen Betrieben nicht immer das für die erste Hilfe bei Unfällen erforderliche Notverbandzeug vorhanden ist.“ Weiter heißt es in dem Schreiben: „In den Verbandstuben der Industriebetriebe usw. ist meistens Personal tätig, das seine Ausbildung entweder im Kriege oder in den vom Roten Kreuz oder anderen Organisationen veranstalteten kurzen Kursen der ersten Hilfe bei Unglücksfällen (oft schon vor vielen Jahren) erhalten hat. Die Ausbildung dieses Personals ist nicht selten sehr mangelhaft, und das, was von der Ausbildung nach Verlauf mehrerer Jahre noch übriggeblieben, sehr gering.“ Wir können diese Ausführungen nur unterstreichen. Die beiden Minister weisen weiter darauf hin, daß in den Verbandstuben statt dieser notdürftig und oft mangelhaft ausgebildeten Helfer geprüfte Krankenpfleger verwendet werden sollen. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß es heute genügend unbeschädigte, voll ausgebildete und staatlich geprüfte Krankenpflegepersonen gibt. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollen bei ihren Kontrollen darauf achten und zu erreichen suchen, daß diesem berechtigten Wunsch der beiden Ministerien Rechnung getragen wird. Ob sie damit bei den Arbeitgebern Erfolg haben, bleibt abzuwarten.

Der Gang der englischen Entwicklung

Die englische Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten elf Jahren eine gar eigenartige geistige Entwicklung durchgemacht. Wohl blieb England Sieger im großen Weltkriege, Industrie und Handel aber waren geschwächt, das gesellschaftliche Leben aus den Fugen gerissen. Im Gegensatz zu Deutschland war wohl das staatliche Leben intakt, es gab keine Verfassungskämpfe, keinen Streit um die Farben des Reichsbanners. Der „Union Jack“ blieb wie zuvor das Symbol des englischen Volkes. In den Versammlungen der Arbeiterpartei sang man zwar nicht „God save the King“ (Gott schütze den König), die englische Demokratie war schon vor dem Kriege stark entwickelt, mit der Volksseele aufs innigste verwachsen. Nicht der König — der nur Apotheose ist — hatte den Krieg gewonnen, sondern Lloyd George, der aus dem Volke emporgestiegene Staatsmann, der dann im Siegesrausch seine politische Macht im reaktionären Sinne ausnützte. Dieser Mißbrauch der staatlichen Gewalt trieb die Gewerkschaften zum revolutionären Syndikalismus und teilweise sogar zum — Bolschewismus. So befanden sich die Gewerkschaften in den ersten Jahren nach dem Kriege in einer Zwischensituation. Der Parlamentarismus der Arbeiterpartei aber waren die Hände gebunden. Die hervorragendsten Führer der Partei, wie J. Ramsay MacDonald, Philip Snowden waren in den „Siegeswahlen“ unterlegen. So griff man zur „wirtschaftlichen Aktion“, glaubte dem Bolschewismus Konzeptionen machen zu müssen.

Am Beginn dieser widerspruchsvollen Epoche ragte der sogenannte „Dreibund“ hervor, eine Art Allianz zwischen den Verbänden der Eisenbahner, Verkehrs- und Kohlenbergarbeiter. Schon beim Streik der Bergarbeiter 1921 brach der Dreibund im April am „schwarzen“ Freitag zusammen. Unfalsch ist es, wenn die Kommunisten vom „Verrat“ der Führer reden, denn nicht den Führern fehlte der Mut, sondern den Eisenbahnern, die im gegebenen Moment „nicht bereit“ waren und den Führern die Gefolgschaft versagten. Warum? Es handelte sich um einen Sympathiestreik für die Bergarbeiter, der Dreibund erwies sich als ein tölpelner Popanz.

1926 beim Generalstreik erreichte die spezifisch-syndikalistische Bewegung ihren Höhepunkt. Will man eine Lehre aus dieser englischen Entwicklung ziehen, so ist es diese:

Trotz aller revolutionären Aufwallungen ist es nicht so einfach, die kapitalistische Weltordnung ohne weiteres aus den Angeln zu heben. Leichter ist es schon, darüber zu philosophieren, warum man in der revolutionären Epoche „den ganzen Blunder“ nicht in den Abgrund stürzte und der Morgenröte der neuen Zeit den Weg ebnete. Ein Blick auf den Gang des Geschehens zeigt aber klar und deutlich, daß das außer in Rußland nirgendwo möglich war. Die bourgeoise Schicht in Rußland war im Gegensatz zu derjenigen der europäischen Länder schwach, betrug keine 10 v. H. der Bevölkerung. Freilich meinen die Ueberwiesenen, mit etwas mehr „Druck“ hätte es überall wie in Rußland werden können. Siehe Italien, Ungarn u. a. m. Wurde doch in Italien der Faschismus gerade deshalb zur regierenden Partei, weil es den Arbeitern 1920 nicht möglich war, die von ihnen besetzten Fabriken im Handumdrehen zu verwalten. Zwar ging die Be-

wegung Englands nicht so weit, doch ist die zu ziehende Schlußfolgerung die gleiche wie in Italien, Ungarn, Deutschland.

Die meisten Beobachter des englischen Lebens begriffen den Gang der Ereignisse nicht. Das zu können war auch nicht leicht. Dieselben Führer, die noch kurz vor dem Generalstreik von der „Einheitsfront“ mit den Bolschewits träumten, sprachen nun plötzlich vom „Wirtschaftsfrieden“, plädierten für einen „Burgfrieden“ mit dem Unternehmertum. Das Unbegreifliche des Umschwunges war, von „Burgfrieden“ sprach man zur Zeit, als die konservative Regierung ihre koalitionsfeindliche Gewerkschaftsvorlage im Parlament zum Gesetz erhob. Was war der Anlaß zu diesem plötzlichen, geradezu erstaunlichen Umschwung, den der Gewerkschaftskongreß von 1927 sanktionierte? Ein Blick auf die deutsche Geschichte gibt den Schlüssel hierzu. Trotz aller revolutionären Aufwallungen in Deutschland vergahen es die deutschen Gewerkschaften nicht, eine Gewerkschaftsgelehrte zu schaffen, die einzigartig ist. Wohl hörte man in der deutschen revolutionären Epoche häufig die Klage, die Revolution sei zu einer Lohnfrage heruntergedrückt worden. Das ist bis zu einem gewissen Grade in der Tat richtig. Die „Lohnfrage“ war das Resultat einer „Ursache“. Was in den ersten Tagen der Revolution geschah, war grundlegend für den deutschen Wiederaufbau: Schaffung des deutschen Tarifrechts, des Schlichtungs- und Betriebsrätegesetzes. Die Sucht zum Rutsch verpuffte schließlich, was aber blieb, war die verfassungsmäßige Verankerung des Tarifrechts mit dem Schlichtungswesen. Heute darf jeder einzelne Gewerkschafter mit Stolz auf diese Errungenschaften blicken. Wohl hatten vor dem Kriege die meisten von uns alle Hoffnung auf die „Eroberung der politischen Macht“ gesetzt, nun stellte sich heraus, wichtiger vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet ist es, den Kampf um die Wirtschaftsdemokratie zu führen.

Freilich, auch in England tobte in den ersten Jahren nach dem Kriege der Kampf um die „industrielle Demokratie“ (wie es im Englischen heißt), der durch die „revolutionäre Phrase“ einfach verdrängt wurde. Durch Gesetz entstanden die Industrieräte, als Mittel zur Einleitung der Demokratisierung der Wirtschaft. Was man jedoch vergaß, war, dem Betriebsrätewesen eine gezielte Grundlage zu geben.

Als die englischen Gewerkschaften 1927 auf ihrem Jahreskongreß die „Kriegsphilosophie“ offiziell abstreiften und den „neuen Weg“ beschritten, gingen sie den 1919 gelassenen Faden wieder auf — griffen auf das deutsche Beispiel zurück. Das alles klingt paradox. Blicke wir Deutsche vor dem Kriege nicht auf die Bücher der Eheleute Sidney und Beatrice Webb wie auf eine Bibel? Unser Streben war es doch, ein Gewerkschaftsrecht nach englischem Muster aufzubauen. Und nun nach der Revolution sollten sich mit allem Ruck die Rollen vertauscht haben? So sonderbar das auch alles scheint, es ist so. Freilich ging man nicht weit genug. Im Gegensatz zu Deutschland wollte man mit Hilfe des bekannten Mond-Turner-Ausschusses — einer Arbeitsgemeinschaft — ohne staatlichen Eingriff zur Wirtschaftsdemokratie kommen. Ob der Versuch als gelingend betrachtet werden kann, wagen wir nicht zu behaupten. Vielleicht wählten die englischen Gewerkschaften den falschen Weg. Zweifellos wäre es besser gewesen, sich nicht zuviel auf den guten Willen des Unternehmertums zu verlassen. Wie in Deutschland hätte man die

Gesetzgebung in den Dienst der Sache spannen müssen. Dieser Weg wurde nicht beschritten. Nach langem Zögern haben sich nun zwar die Unternehmerorganisationen entschlossen, im Sinne des Mond-Turner-Programms zu arbeiten, jedoch hängt noch alles in der Schwebe. Zugegeben muß werden, die Lösung der gestellten Probleme ist nicht so einfach. Das zu lösende Hauptproblem lautet:

Kann die so notwendige Rationalisierung in der Weise auf großer Stufenleiter, mit Hilfe gegenseitiger Verständigung zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen durchgeführt werden, daß erstens die so sehr aus dem Laem gegangene Wirtschaft wieder auf den Stand gebracht wird, der notwendig ist, um England neuerlich an erste Stelle der industriellen Länder zu heben, und zweitens, kann die Rationalisierung ohne erhöhte Arbeitslosigkeit durchgeführt werden? Oder kann wenigstens durch erhöhte Produktivität — die doch das Ziel jeder Rationalisierung ist — gleichzeitig der Lebensstandard der Arbeiter gesteigert werden? Letzten Endes hat doch erhöhte Produktivität erhöhte Kaufkraft zur Voraussetzung.

Schließlich ist die Sache auch so, es herrscht zwischen Gewerkschaften und Unternehmertum Einverständnis darüber, daß die englische Industrie wieder in Gang gebracht werden muß. Man will aus der Krise heraus. Trotz allem Internationalismus ist das das A und O aller Volkswirtschaft. Ueber das Ziel also herrscht Einigkeit. Ueber die Wege, die zum Ziele führen, darüber diskutiert man, weshalb auch der richtige Name des Mond-Turner-Ausschusses: Comité der wirtschaftlichen Reorganisation ist. Die englische Gewerkschaftsbewegung weiß, daß die Industrie neue Methoden braucht, weshalb man für Rationalisierung ist. Wie aber soll die Rationalisierung bewerkstelligt werden, durch Verständigung mit den organisierten Arbeitern oder gegen die Gewerkschaften? Das ist das Problem, an dessen Lösung die englische Gewerkschaftsbewegung der letzten drei Jahre arbeitet.

„Ernährungswirtschaftliche Belastung . . .“

Auf dem 3. Deutschen Alkoholgegnertag, der vom 23. bis zum 25. Juni in Dresden stattfindet, soll der bekannte Ernährungswissenschaftler Dr. M. Hindhede über die ernährungswirtschaftliche Belastung durch den Alkoholismus sprechen. Hindhede hat die Leitsätze seines Vortrages in humorvoller Weise zusammengefaßt. Da sie nicht nur für den Kongreß selbst Bedeutung haben, wollen wir unseren Lesern diese scharfen, nicht ganz unberechtigten, dabei aber amüsanten Zeilen nicht vorenthalten:

Homo sapiens, der „weiße Mensch“, ist das tränklichste Säugetier der Welt geworden. Dies Säugetier stirbt nicht, sondern begeht Selbstmord. Es frißt, trinkt und raucht sich zu Tode.

Wenn wir ein natürliches Leben führen, uns im wesentlichen von Pflanzenkost ernähren und auf die giftigen Genussmittel verzichten wollten, würden alle Krankheiten — mit Ausnahme einiger Epidemien — verschwinden, wir würden 100 Jahre alt werden und schließlich vor Altersschwäche ohne vorausgehende Leiden sterben.

Eine Deputation der Striegauer Einwohner bei Berliner Regierungsstellen

Darüber entnehmen wir der dortigen Volkszeitung vom 22. Mai:

Die Notlage im Striegauer Bezirk nimmt immer mehr Katastrophenscharakter an. Die Lage wird für die arbeitende Bevölkerung immer unhaltbarer. Will man die Arbeiterkraft nicht vollends verelenden lassen, muß in irgendeiner Art und Weise Hilfe geschaffen werden. Hilfe durch Arbeit! Mit dieser Parole sprach am 19. und 20. Mai eine Striegauer Deputation bei Berliner Reichs- und Staatsregierungsstellen vor. Als Vertreter der Steinarbeiter gehörte der Deputation Kollege Müller an. Der Ortsausschuß der Gewerkschaften und die sozialdemokratische Kreisratsfraktion war durch den Kreisdeputierten Makola vertreten. Aus dem Magistrat nahm von sozialdemokratischer Seite Feige und aus der Stadtverordnetenversammlung Pohle an dieser Vorprache teil. Landrat Daubenthaler sowie Bürgermeister Schelte gehörten ebenfalls der Deputation an.

Es wurde den Berliner Stellen kein Zweifel darüber gelassen, daß wenn nicht baldige Hilfe kommt, die Not im hiesigen Gebiet ausufernd. Am 19. Mai vormittags trat die Kommission in Verbindung mit den sozialdemokratischen Mitgliedern des Grenzausschusses im Preussischen Landtag. Der Grenzausschuß trat dann am selben Abend zu einer Sitzung zusammen und behandelte dort den Antrag der Sozialdemokraten betreffend der Vinderung der Not im Striegauer Steinindustriegebiet.

Landtagsabgeordneter Winger begründete in der Sitzung des Grenzausschusses den sozialdemokratischen Antrag. Er kam auf den Hilfsantrag des Vorjahres zu sprechen, den damals die Sozialdemokratie im Hauptausschuß eingebracht hatte, und bedauerte, daß die Regierungsstellen nicht mehr zur Vinderung der Not im Striegauer Steinbruchgebiet getan hätten. Der größte Teil der übrigen Industrien ist in Striegau zusammengebrochen. Die Steinindustrie gab bisher zum großen Teil der Bevölkerung noch allein Arbeit und Brot.

Durch die unglückliche Grenzziehung, die Konkurrenz der Schweden und die finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen und Kommunalverbände ist jedoch auch der größte Teil der Steinbrüche lahmgelegt worden und 70 Prozent der Steinarbeiter seit Monaten arbeitslos. Die Striegauer Bürstenindustrie, die in der Vorkriegszeit über 1000 Leute beschäftigte, ist aus Striegau verschwunden. Für die früher in der Bürstenfabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gibt es keine Arbeitsmöglichkeit mehr in einer anderen Industrie. Unter großer Bewegung der Ausschußmitglieder gab nun Winger das amtliche Zahlenmaterial bekannt, das den erschreckenden Umfang der Arbeitslosigkeit im Striegauer Gebiet zeigt. Ende Mai wird allein die Stadt Striegau 500 Ausgesteuerte haben. In der Stadt wie in den einzelnen Industrieorten des Kreises wird der Sozialetat durch diese große Arbeitslosigkeit weit über das normale Maß hinaus angepannt. Man muß der Stadt und den Gemeinden zu Hilfe kommen durch besondere Zuwendungen für ihren Sozialetat. Darüber hinaus jedoch müssen alle Möglichkeiten in geprüft werden, wie durch Behördenaufträge die Steinindustrie in größerem Umfang wieder angefangen werden kann. Während der Stadt Striegau die Steine vor der Tür liegen, befindet sich ein großer Teil ihrer Hauptstraßen noch in einem außerordentlich schlechten Zustande. Es ist zu fordern, daß der Stadt Gelegenheit gegeben wird, durch besondere Zuwendungen größere Pflasterungen vorzunehmen. Auch die Schulraumnot ist in Striegau katastrophal. Die Schulraumnot war schon in der Vorkriegszeit vorhanden, ihre Beseitigung ist von Jahr zu Jahr aufgehoben worden. Jetzt müssen zwangsläufig diese Schulraumnöte abgestellt werden. Auch hier ist zu fordern, daß die Staatsregierung über das übliche ein Drittel an Zuschuß hinausgeht.

Es ist unverkennbar, daß der Striegauer Kreis zu einem Notstandsgebiet geworden ist. Die Staatsregierung muß deshalb mit allen Kräften befreit sein, die Reichsregierung zu veranlassen, dieses Notstandsgebiet mit für die Hilfsmaßnahmen des Ostprogramms vorzusehen. Die Striegauer Nöte sind mit Grenznöten. Man kann deshalb die Hilfe, die das Ostprogramm bringen soll, nicht nur auf die polnischen Grenzstriche beschränken.

Auch in Ströbel und in Strehlen hat die Arbeitslosigkeit unter der Steinarbeiterschaft einen großen Umfang angenommen. In Ströbel könnte die staatliche Fortbewahrung den Arbeitsmarkt erheblich entlasten, wenn das Landwirtschaftsministerium dementsprechende Anweisungen herausgehen ließe.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Hamburger, nahm in längeren Ausführungen Gelegenheit, die Notwendigkeit der Hilfsmaßnahmen für das schlesische Steinbruchgebiet zu begründen. Er schritt die Fragenfrage an, die durch ungünstige Gestaltung ebenfalls Abhahlschwierigkeiten mit hervorgerufen hat und forderte die bevorzugte Berücksichtigung des Striegauer Gebietes bei der Vergütung von Notstandsarbeiten. Es müsse auch ein gewisser Zwang auf die Kommunen ausgeübt werden, inländisches Material bei den Straßenbauarbeiten zu verwenden.

Abgeordneter Lang (Langenbielau) führte aus, daß man nach dem vorjährigen Hilfsantrag erwartet hätte, daß die Regierung mehr für die Vinderung der Not im Striegauer Gebiet tun würde. In der Zwischenzeit hätte unbedingt schon etwas geschehen müssen. Gerade die Striegauer Verhältnisse zeigen die Notwendigkeit des Ausbaues der Krisenfürsorge, und die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten werden gegenüber der Regierung nicht nachlassen in ihrer Forderung, das Striegauer Notstandsgebiet bei der Vergütung der Arbeiten auf dem Wege der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu bevorzugen.

Die Kommunisten schwiegen! Nach der eingehenden Darlegung der Not des Striegauer Gebietes konnten sich auch die bürgerlichen Vertreter den Ausführungen der sozialdemokratischen Abgeordneten über die Notwendigkeit der Hilfsmaßnahmen nicht entziehen, und es ist mirig verabschiedete der Grenzausschuß den Antrag der Sozialdemokraten mit einigen kleinen Abänderungen. Der Antrag hat jetzt folgende Fassung erhalten: Der Landtag wolle beschließen:

- Das Staatsministerium wird ersucht,
- auf die Reichsregierung einzuwirken, im Rahmen des Ostprogramms eine Fragenlenkung zugunsten der Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit der schlesischen Steinindustrie durchzuführen,
 - auf die Kommunen und Kommunalverbände einzuwirken, bei Bestellungen die schlesische Steinindustrie stärker heranzuziehen,
 - das Gebiet der schlesischen Steinindustrie im Rahmen der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge bevorzugt zu berücksichtigen,
 - Staat und Reich sollen bei Hergabe von Mitteln zu Notstands- und sonstigen Arbeiten darauf hinwirken, daß hierbei die schlesische Steinindustrie bevorzugt zu berücksichtigen ist,
 - der Notlage der Stadt Striegau und der anderen Gemeinden, die durch das Daniederliegen der Steinindustrie in der Durchführung der wichtigsten kommunalen Aufgaben schwer gehemmt sind, in jeder geeigneten Weise zu steuern.

Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Schlesiens gaben der Deputation das Versprechen, sich mit allen Kräften dafür zu verwenden, daß aus diesem Hilfsantrag ein wirklicher Hilfsquell werde, um die Steinarbeitergemeinden im Kreise Striegau und die Stadt vor dem Zusammenbruch zu schützen.

Die Deputation forderte bei den zuständigen Stellen nochmals eingehend die Einbeziehung des Striegauer Notstandsgebietes in das Ostprogramm, und auch Reichstagspräsident Lobe sagte ihr im Reichstage zu, sich nach besten Kräften für Hilfsmaßnahmen des bedrohten Industriegebietes und seiner hungernden Bevölkerung zu verwenden. Landtagsabgeordneter Winger und Dr. Hamburger sowie Reichstagsabgeordneter Wendenmuth standen der Deputation bei ihrem Bestreben, möglichst viel Reichs- und Staatsregierungsstellen für Abhilfemaßnahmen im Striegauer Notstandsgebiet zu interessieren, hilfreich zur Seite.

Die Deputation trat nach ihrer Rückkehr in Striegau erneut zu einer Sitzung zusammen, um den Staats- und Reichsstellen bestimmte Projekte der Arbeitsbeschaffung und damit der Hilfeleistung für die leidende Bevölkerung unterbreiten zu können. Wartet man noch lange mit den Hilfsmaßnahmen, treten Folgen ein, die nicht mehr gutzumachen sind. — Dieser Darstellung haben wir nichts hinzuzufügen, bemerken nur, daß so wie im Striegauer Steinbruchgebiet die Verhältnisse gleich traurig in fast allen Steinbruchgebieten liegen, wir erinnern nur an das Mayener Gebiet, an den Westerwald, an das Grauwackengebiet im Rheinland, an Oberhessen, Odenwald, an die sächsischen Steinbruchgebiete und andere mehr.

Schweiz — St. Margarethen. Vom Bau- und Holzarbeiterverband in der Schweiz wird uns geschrieben: „Es sind schon einige deutsche Kollegen hereingefallen, weil sie ohne Berücksichtigung unserer Publikationen doch in St. Margarethen in Arbeit getreten sind. Daß sie dort vom Meister Mattes als liebe Arbeiter behandelt wurden, versteht sich, daß man ihnen aber 20 bis 40 Prozent unter den tariflichen Löhnen auszahlt, das haben sie erst gemerkt, als ihnen das Wasser am Hals stand. Die Lohnunterschiede sind noch nicht geschlichtet, weil die Unternehmer damit rechnen, daß die arbeitslosen deutschen Steinmehrer gern den Judas machen. Das darf trotz der Not in Deutschland nicht geschehen, deshalb appellieren wir an die deutschen Kollegen: geht nicht nach St. Margarethen!, fällt euren Arbeitsbrüdern, die dort schwer zu kämpfen haben, nicht in den Rücken!“

Verbandsstreue

Im Monat Mai blühten folgende Kollegen auf eine ununterbrochene 25jährige und längere Mitgliedschaft im Steinarbeiterverband zurück, und zwar in:

- Ludwigshafen, Jakob Schaaf.
- Kamenz, Karl August Adler.
- Bernigerode, Hermann Hellmund.
- Harburg, Eduard Schrader.
- Darula, Paul Gustav.
- Gsteinach, Karl Frister.
- Zeil a. Main, Andreas Barth, Hans Leisentritt.
- Bremen, Karl Evers, Heinrich Böcker, Heinrich Scharringhausen, Johann Bosse, Heinrich Schweers, Karl Schulz.
- Stettin, Friedrich Ulrich, Emil Schmitt.
- Deßau, Paul Moldenhauer.

Den genannten Jubilaren die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage. Den jüngeren Verbandsmitgliedern zur Nachahmung empfohlen.

Grimma. Am 25. Mai 1930 fand unsere Versammlung mit Quartalsabrechnung statt. Erschienen waren 40 Kollegen. Zu einem Vortrag über Entstehung, Entwicklung und Ziel der Gewerkschaften hatte unser Redakteur Kollege Siebold dem Ruf der Verwaltung Folge geleistet. Die kurze Spanne Zeit, die dem Redner zur Verfügung stand, machte es unmöglich, das Thema so zu behandeln wie er es selbst wünschte, trotzdem gelang es ihm durch seinen zusammenfassenden Vortrag, die Kollegen zu fesseln. Bei der Abrechnung des letzten Quartals wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, im Gasthof Burgberg ab 1. Juni ein Geschäftszimmer einzurichten mit der Geschäftszeit von 10 bis 12 Uhr vormittags an jedem Sonntag.

Kupferdreh. Unsere Monatsversammlung fand ausnahmsweise am 4. Mai im Lokale Kollenberg statt. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden und Begrüßung des erschienenen Gauleiters wurde die Tagesordnung, die das Protokoll der letzten Versammlung, Quartalsbericht des Kassierers, Vortrag des Gauleiters und Verschiedenes betraf, bekanntgegeben. Protokoll und Kassenbericht wurden ohne Beanstandungen angenommen. Lobende Anerkennung fand die Kassenführung des Kollegen Marklein, der außerdem im Interesse der Lokalkasse auf einen Teil seiner Entschädigung Verzicht leistete. Anschließend wurden die Kollegen noch gebeten,

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Gesperret:

- Gau: In Berlin die Firma Redmann, Berlin-Pankow, für Steinarbeiter. Tarifstreitigkeiten, kein Arbeitsangebot der Firma annehmen!
- Gau: In Hohenau das Grabsteingeschäft von Emil Kneifel.
- Gau: In Cosul bei Großpostwitz Sa. der Betrieb der Firma Max Gedan; sie bezahlet unter Tarif und stellt Verbandsmitglieder nicht ein. — In Nossen das Grabmal- und Kunststeingeschäft von Achilles für Steinmehrer und Bildhauer wegen Maßregelung.

11. Gau: In Kreuzlingen, Basel und St. Margarethen darf wegen ernster Differenzen kein Steinmehrer oder Schleifer zureisen. (Siehe Notiz in heutiger Nr.)

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

dem Kassierer in Zukunft noch mehr als bisher seine Arbeit zu erleichtern. Dann erhielt der Gauleiter zu seinem Referat das Wort. Er behandelte weltwirtschaftliche Fragen in seinem Vortrag, dem alle anwesenden Kollegen mit Interesse folgten, wie es auch die einsehende Ansprache zeigte. Unter „Verschiedenem“ gab Kollege Wiesbach noch einen Bericht über die Lohnzahlungsschwierigkeiten bei der Steinbrucharbeit. Nur dem Eingreifen des Gauleiters, der rechtzeitig von der Zahlstellenleitung informiert wurde, ist es zu verdanken, daß die betr. Kollegen ihren rückständigen Lohn, der mehrere 100 Mark ausmachte, soweit als irgendetwas möglich sichern konnten. Der Vorsitzende, Kollege Haagmann, sprach den Kollegen gegenüber noch die Hoffnung aus, daß dieser Fall dazu beitragen möge, die noch abseits stehenden Kollegen von der Notwendigkeit des Anschlusses an den Verband zu überzeugen und sie bald in unserer Zahlstelle als Mitglieder begrüßen zu dürfen. Das war auch der Wunsch sämtlicher Anwesenden.

Dann kam es noch zur Abstimmung über die Abhaltung eines gemütlichen Abends, der im Sommer stattfinden soll. Sämtliche Kollegen waren der Ansicht, daß gerade hierdurch das kollegiale Verhältnis gestärkt würde. Dann bat der Vorsitzende noch die Kollegen, in dem gleichen Geiste wie bisher an dem Gedeihen der Zahlstelle im Interesse aller mitzuarbeiten. Seinen Ausführungen schloß sich der Gauleiter an und dankte allen Kollegen, denen es zu verdanken ist, daß die Zahlstellenverhältnisse so geordnet sind. Hierauf Schluß der gut besuchten und anregend verlaufenen Versammlung.

Kolberg. Außerordentliche Mitgliederversammlung der beiden Sektionen am 4. Mai 1930. Anwesend waren der Gauleiter Taege, Bezirksleiter Czaja und 42 Kollegen. Der Gauleiter, Kollege Taege, war hauptsächlich für die Steinbrüche erschienen, um einen Tarif im Kösliner Bezirk zu schaffen. Taege machte den Kollegen klar, daß in der noch jungen Organisation nicht alles auf einmal zu schaffen sei, sondern Jahre dazu gehören. Der Gauleiter referierte dann über den abgeschlossenen Lohnvertrag im Regierungsbezirk Stettin und Stralsund. Hier von wurde allgemein Kenntnis genommen. Einen Entwurf für den Regierungsbezirk Köslin hatten die Kollegen Taege und Czaja schon ausgearbeitet und wurde den Anwesenden vorgelesen. Die Kollegen waren mit diesem Entwurf einverstanden. In der Aussprache beteiligten sich von ihnen: Lange, Brumm, Hobus und Hübler. Bemängelt wurde weiter, daß die Beiträge der Steinbrüche nicht dem Statut gemäß gekürzt werden, und wurde ihnen klargelegt, daß alle Unterfügungen, die der Verband gibt, nur von den Beiträgen geillt werden, und sich infolgedessen jeder nach dem Statut in der Beitragszahlung zu richten hat. Auch zu dieser Sache äußerten sich einige Kollegen. Dem Gauleiter wurde der Auftrag erteilt, sich wegen der Arbeitslosigkeit der Steinbrüche in unserem Kreise mit dem Arbeitsamt in Verbindung zu setzen. Nach einigen Besprechungen war auch dieser Punkt erledigt. Dem Herrn Obermeister soll mitgeteilt werden, daß in Zukunft keine Gesellenprüfungen am 1. Mai stattfinden.

Bezirk Oberhessen. Am 18. Mai fand in Stockheim, im Lokal Heßischer Hof, eine Bezirkskonferenz der oberhessischen Pfälzer- und Schotterarbeiter statt. Vertreten waren 11 Zahlstellen durch 27 Kollegen, 6 Zahlstellen waren nicht vertreten. Vom Hauptvorstand war Kollege Schlegel anwesend. Nachdem der Bezirksleiter, Kollege Horn, die Konferenz eröffnet und die Tagesordnung verlesen hatte, wurde Kollege Schaar als Versammlungsleiter und Kollege Groß als Schriftführer gewählt. Der Tagesordnung voraus gab Kollege Schlegel einen Bericht über die allgemeine Wirtschaftslage. Er schilderte die Notlage im allgemeinen und die Aufgaben der Organisation, sowie die nächsten Ziele der Gewerkschaften. Darauf nahm Kollege Horn Stellung zum Bezirkslohnvertrag. Er berichtete über die schlechten Verdienste in Oberhessen, über die große Arbeitslosigkeit und über die im Tarif enthaltenen unklaren Bestimmungen, worin eine Wendung eintreten müsse. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schoman, Groß, Stoppel, Schüller, Beuk, Jost, Schaar, Frabant und Feil. Kollege Hofmann, Schlichtern, vertrat im besonderen einen anderen Standpunkt in der Wirtschaftsdemokratie. Es wurde beschlossen, den Bezirkslohnvertrag zu kündigen. Zu Punkt „Bezirkslohn“ wurde die Kassenlage eingehend geschildert und die Kollegen ermahnt, rechtzeitig abzurufen. Weiter wurde die Autoangelegenheit erörtert und beschlossen, daß die Zahlstellen ihre Anteile bezahlen sollen. Mit dem Hinweis, das Besprochene in die Tat umzusetzen, wurde die Konferenz um 2 Uhr durch Kollegen Horn geschlossen.

Niederlamm. Am 24. und 25. Mai feierte die Zahlstelle ihr 25jähriges Bestehen. Am 24. Mai, abends, fand ein Festkommers mit Ehrung der Gründungsmitglieder und der Kollegen statt, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblickten. Kollege Linke vom Zentralvorstand überbrachte den Jubilaren und der Zahlstelle zu ihrem Ehrentage Grüße und Glückwünsche des Gesamtverbandes. In einer Festrede schilderte Linke die Geschichte der Zahlstelle, ihre Kämpfe und Erfolge. Wenn wir heute unter besseren Verhältnissen arbeiten und leben können, so ist es einzig den Gewerkschaften zu verdanken, darum gebühre Dank den Gründern der Zahlstelle und den Kollegen, die in 25jähriger Treue zum Verband die Zahlstelle auf die heutige Höhe brachten. Auch der Kollegen, die im Weltkrieg geblieben, wurde in stiller Trauer gedacht. Die Zahlstelle ehrte die Jubilare durch Ueberreichung je eines Blumenstrandes und in herzlichsten Worten dankte der Vorsitzende, Kollege Walther, ihnen für die Treue zum Verband. Der übrige Teil des Programms lag in den Händen der Musikfreunde und der Freien Turnerschaft Niederlamm. Ihnen sei auch an dieser Stelle nochmals Dank und Anerkennung ausgesprochen. Aus allen Vorführungen und Vorträgen war zu ersehen, daß beide Vereine auf der Höhe sind und nur Bestes leisten. Der Abend vereinte dann die Kollegen mit ihren Angehörigen zu einem Festball. Die gesamte Veranstaltung war getragen vom Geist der Einmütigkeit, wurde durch keinen Mißton gestört. Mit Stolz können die Steinarbeiter von Niederlamm auf diesen Tag zurückblicken. — Und nun, Kollegen, laßt uns weiter bauen an dem Werk, zu dem unsere Mitten den Grundstein legten. Laßt uns in ihrem Sinne weiterwirken, dann wird auch der Tag kommen, wo wir unser Ziel erreichen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Welche Aufgaben hat u. a. die gesetzliche Betriebsvertretung in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau?

Der Absatz 8 im § 66 des Betriebsrätegesetzes sagt darüber: „... auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, — die Gewerbe-Aufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, — sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.“

Diese Tätigkeit eines Betriebsrates oder Betriebsobmannes in den Betrieben der Steingewinnung und der Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau energisch wahrzunehmen, vermindert die unheilvollen Folgen der Berufsgenossen.

Rundschau

Warum nur solcher Schwindel? Der christliche Verband macht seit Wochen die größten Anstrengungen in allen größeren und kleineren Steinbruchsgebieten, um seinen zusammengekauften „Berufsverband der Steinarbeiter“ zu stärken. Dagegen ist nichts einzuwenden, nur die Art und Weise, wie dies in einzelnen Bezirken gemacht wird, muß man als Schwindel, also als bewußte Unwahrheiten brandmarken. Der Redaktion liegt ein mit Schreibmaschinenchrift vervielfältigtes Flugblatt vor, datiert: „Rosenheim, den 10. Mai 1930.“ Es wendet sich „an die Kollegen in der Pflastersteinindustrie“ und ist unterzeichnet „Die Bezirksleitung, Gastinger, Rosenheim, Innstraße 44“. Der zweite Absatz in dieser Flugblatt lautet:

„Die zollfreie Einfuhr von schwedischen Pflastersteinen, die ermöglicht wurde durch das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag, macht 5000 Steinarbeiter im Bayerischen Wald brotlos.“

Solche Unwahrheiten sollten sich vor allem nicht jene zuschulden kommen lassen, die für die Wirtschaftsinteressen einer bestimmten Gruppe wirken und werben wollen. Denn Voraussetzung dafür ist, daß man diese Industriebranche und alles was sie bedrückt wirklich kennt. Sonst läßt man lieber die Finger davon, denn als Scharlatan, was gleichbedeutend ist mit Schwärzer, angesehen zu werden, hat sich in der realen Gewerkschaftspolitik noch immer gerächt. Der beklagenswerte gegenwärtige Wirtschaftszustand in der deutschen Pflastersteinindustrie hat ganz andere Ursachen als den schwedischen Handelsvertrag. Jeder einigermaßen geschulte Steinbrucharbeiter könnte den christlichen Bezirksleiter Gastinger in Rosenheim darüber belehren und weiter auch darüber, daß in der christlichen Agitation trotz aller großen Worte aus Mücken keine Elefanten gemacht werden können.

Weiterer Rückgang der Geburtenziffern. Der Geburtenrückgang in Deutschland hat sich auch im abgelaufenen Jahre fortgesetzt. Dies ist um so bemerkenswerter, weil die Eheschließungen gegenüber dem Vorjahre zugenommen haben. Die allgemeine Heiratsziffer betrug im Jahre 1929 9,2 auf 1000 Einwohner gegen 7,8 im Jahre 1913. Es ist also eine starke Zunahme der Eheschließungen zu verzeichnen, die voraussichtlich bis zum Jahre 1935 anhalten wird. Die Lebendgeborenenziffer betrug 1929 auf 1000 Einwohner 17,9 gegen 18,6 1928, 18,4 1927 und 26,9 1913. Die Gesamtzahl war im Jahre 1929 mit 16,73 Millionen um rund 140 000 größer als im Vorjahre. Der Bestand an verheirateten Frauen hat infolge der zahlreichen Eheschließungen noch stärker zugenommen. Er betrug um die Mitte des Jahres 1929 nach Berechnungen des Statistischen Reichsamts etwa 8,25 Millionen gegen 8,1 Millionen im Jahre 1928. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer bei den Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren hat in den Jahren 1926 bis 1929 folgende Entwicklung durchgemacht: (1913=100) 65, 61, 61 und 59. Die eheliche Fruchtbarkeitsziffer weist noch eine stärkere Senkung auf. Sie betrug in den genannten Jahren: (1913=100) 68, 63, 63 und 60. Als in den Jahren 1927 und 1928 eine so geringe Geburtenziffer erreicht war, glaubte man wahrhaftig nicht, daß es noch tiefer gehen könnte. Wie die Entwicklung gezeigt hat, war dies durchaus möglich. Der Geburtenüberschuß war im Jahre 1929 mit 340 733 oder 5,3 auf 1000 Einwohner bedeutend niedriger als zu irgendeinem Jahr außer der Kriegszeit. Die Sterbefälle haben infolge der strengen Kälte und der Grippepidemie ebenfalls zugenommen. Der gesamte Bevölkerungsverlust im Jahre 1929 beträgt 90 000. Es ist eine rechnungsmäßige Bevölkerungszunahme von 292 767 zu verzeichnen. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches ist demnach auf 64 104 000 zu beziffern. Der ständige Geburtenrückgang macht den Bevölkerungstheoretikern große Sorge. Sie sehen bereits den Niedergang des deutschen Volkes voraus. Ueber sie dürften sich aber die Herrschaften klar sein: es kann der arbeitenden Bevölkerung nicht verübelt werden, wenn sie angesichts der schwierigen Lage, mit dem Geburtengegen zurückhält.

Lohn und Miete. Durch die Unternehmerzeitungen geht eine Berechnung, daß eine Erhöhung der Miete um 10% bei den kleinen Einkommen nur den geringen Satz von 0,95% des Lohnes ausmacht, bei Jahreseinkommen über 2500—3000 RM. nur gar 0,84%, also von einer Reichsmark Lohn oder Gehalt nicht mal einen ganzen Pfennig. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Notiz als einen ersten Fühler betrachten, der ausgestreckt wird, um zu erkunden, ob gegen eine derartige Erhöhung der Mieten viel Einspruch erhoben wird? Trifft diese Vermutung zu, dann dürfte in nächster Zeit eine Flut solcher und ähnlicher Notizen durch die gesamte Unternehmerpresse und der dazu gehörigen „Generalanzeiger“ gehen, um auf diese Art und Weise einen neuen Raubzug auf die Taschen aller Kleinverdiener vorzubereiten. Darum gilt es schon den ersten Regungen dieser Art entgegenzutreten. Es bedarf wohl keiner besonderen Beweisführung, daß die große Masse der Arbeiter heute nicht in der Lage ist, auch nur den kleinsten Lohnanteil weiter zu opfern, ohne sich diese neue Mehrausgabe vom Munde abjudeln zu lassen. Warten wir erst einmal ab, bis die Millionen von Arbeitslosen untergebracht und die Millionen von Feierschichten aufgehört haben! In der heutigen Zeit die schmale Basis des Lohnes für Ernährung und Kleidung noch zu schmälern, wäre ein Verbrechen an der Volksgesundheit und Volksgemeinschaft! Wahrscheinlich will man die von der preussischen Regierung genehmigte Erhöhung von 4% als Anlaß nehmen, eine weitere Erhöhung auf der ganzen Linie einzutreten zu lassen.

Die Entlassungen der Stammarbeiter. Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt werden sehr deutlich beleuchtet dadurch, daß die Zahl der Entlassungen auf Unterstützung sich häufen, daß also Arbeiter zur Entlassung kommen, die seit Gründung der Reichsanstalt am 1. Oktober 1927 keine Unterstützung bezogen haben. Beim Landesarbeitsamt Westfalen hat sich die Zahl der Entlassungen seit November 1929 von 20 auf 40% erhöht. Es sind also in großem Umfange eingearbeitete Stammarbeiter zur Entlassung gekommen. In

einigen Bezirken des obigen Landesarbeitsamts erhöhte sich die Zahl der Entlassungen sogar auf 50%. Im Mai läuft dort die Sperrfrist von 100 Stilllegungsanträgen ab, wodurch wiederum zahlreiche Arbeiter im Industriegebiet zur Entlassung kommen. Der Ruhrkohlenbergbau hat seit Ende Januar eine Belegschaftsverminderung um 35 000 Mann erfahren, doch ist der Tiefstand noch nicht erreicht. Es sind überall wenig erfreuliche Gesichtspunkte, die man wahrnimmt, wenn man das Arbeitsproblem betrachtet.

Die Zollpolitik verschärft die Krise. Die neudeutsche Zollpolitik ist geeignet, große Verstimmungen im Auslande hervorzurufen. Unsere größten Kunden auf dem Weltmarkt sind auch zum Teil die Lieferanten von Agrarprodukten. Es ist natürlich, daß diese sich gegen eine Politik auflehnen, die ihren Absatz schmälert. Im B.V.C. Nr. 238 wird über die Lage im Maschinenbau berichtet, wobei folgendes ausgeführt wird: „Die Erhöhung der Agrarzölle hat in zahlreichen Abnehmerländern eine starke Verärgerung gegen Deutschland hervorgerufen, die, wie wir hören, bereits wesentliche Ausfälle an Maschinenaufträgen im Auslande nach sich gezogen hat.“ — Das engverflochtene Wirtschaftsleben der heutigen Zeit verträgt nun einmal nicht solche stoßweisen Veränderungen der Wirtschaftspolitik. Der Nutzen der Agrarzölle wiegt die Verschlechterungen nicht auf, die damit verbunden sind.

Der erhöhte Roggenzoll in Kraft. Mit Wirkung vom 26. Mai tritt eine Verordnung in Kraft, wonach der Zollsaß für Roggen auf 15 Mark und der Zollsaß für Gerste zur Viehfütterung auf 12 Mark je Doppelzentner erhöht wird. Damit glaubt man, die Preisbildung auf dem Roggenmarkt zugunsten der Landwirtschaft fühlbar genug beeinflusst zu haben. 15 Mark je Doppelzentner Roggenzoll bedeutet eine Verdreifachung gegenüber der Vorkriegszeit. Der hohe Zollsaß für Gerste wird den Schweinemästern ernste Sorge bereiten. Nunmehr haben die Herren um Schiele ein wichtiges Ziel erreicht. Wir werden bald sehen, welche Folgen sich nunmehr einstellen.

Die Entfaltungsmöglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaft. Es wird viel über die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft geredet und geschrieben. Man spricht bereits von einem Niedergang dieser gewaltigsten aller Wirtschaftsepochen. Wir vermögen diese Ansicht nicht ganz zu teilen. Rund 60 Prozent der Erdbevölkerung sind Analphabeten, mithin nicht als Kulturmenschen nach unseren Begriffen anzupreisen. Ungefähr dieselbe Zahl kommt nach einer Berechnung des Konjunkturinstituts nicht als Käufer von Industriewaren in Betracht. Im Wochenbericht Nr. 8 wird hierüber das folgende ausgeführt: „Die Gesamtbevölkerung der Erde beträgt nach den neuesten Zahlen rund 1845 Millionen. Davon sind jedoch nur rund 640 Millionen, also etwa ein Drittel der Weltbevölkerung, als — hauptsächlichste — Käufer von Industriewaren in europäischen Sinne anzupreisen. Die übrigen zwei Drittel der Weltbevölkerung kommen als Käufer für Erzeugnisse der europäischen Industrien vorläufig erst wenig in Betracht, vor allem, soweit es sich um hochwertige Verbrauchsgüter und Produktionsgüter handelt. Nach einer — freilich rohen — Schätzung verteilen sich die rund 640 Millionen Verbraucher von Industriewaren folgendermaßen über die Welt:

	Gesamtzahl Millionen	davon Großstädter Millionen
Europa (ohne Rußland)	355	65
Bereinigte Staaten von Amerika	106	27
Uebrigere Welt	182	23
	643	115

Aus dieser Aufstellung geht deutlich hervor, daß eine auf unmittelbare Wirkung abzielende Exportförderung zunächst nur in Europa einen größeren Interessentkreis findet. Denn die 1,2 Milliarden Menschen, die bisher kaum Industrierzeugnisse verbrauchen, werden erst nach Jahren oder Jahrzehnten als Käufer in Betracht kommen.“

Neue Bücher und Zeitschriften

„Handbuch der Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.“ Sozialpolitischer und rechtlicher Kommentar mit Textausgabe des VAWVG, in der Fassung vom 12. Oktober 1929 von Oberregierungsrat Hans Kühne und Regierungsrat Dr. rer. pol. Emin Ramic, Mitglieder der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Berlin 1930, Buchdruckerei und Verlag Gustav Schind Nachf. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Holmannstr. 9/10. 508 Seiten. Preis Halblein 12,50 M., brosch. 11 M. — Wie kein Gebiet der Sozialpolitik ist die Arbeitslosenversicherung auf das engste mit dem ständigen Wandel der Wirtschaft durch die andauernde Veränderung der Konjunktur, der strukturellen und der Saisoneinflüsse verbunden. In langwierigen Verhandlungen des Vorjahres — ausgeht bis zur politischen Krise — ist die Novelle zur Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 geschaffen worden, die gerade die schwierigsten Fragen in dem komplizierten System der Arbeitslosenversicherung aufgerollt hat. Es sei zum Beispiel an den Begriff der Arbeitslosigkeit als Grundlage des Versicherungsfalles für die Unterstützung erinnert, an die fast veränderten Vorschriften der Anwartschaft, der Wartzeit, an die viel umtölpelten Fragen der Rentenrechnung auf die Arbeitslosenunterstützung und schließlich an Gebiete wie die Heimarbeit, die unständige Beschäftigung usw., für die durch die Novelle eine grundlegende Neugestaltung oder zum mindesten der Arbeitsämter als geschaffen worden ist. An vielen Problemen sind nicht nur die Krankentassen interessiert, sondern die Stellen der Arbeitslosenversicherung und alle Krankentassen interessiert, die ja ständigen, engen Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung haben müssen, deren Mitwirkung durch die Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, deren Mitwirkung durch die Selbstverwaltung der Arbeitsämter als geschaffen worden ist. Wenn man allen diesen unmittelbar an der Arbeitslosenversicherung beteiligten Interessenten in dem Maße, wie die Arbeitslosenversicherung als ein einheitliches Ganzes bildet. Zu dieser Kommentierung sind die beiden Verfasser als leitende Beamte der Hauptverwaltung der Arbeitslosenversicherung in Berlin in besonderer Weise berufen und dies um so mehr, als ihr bekannter Spezialkommentar zur berufstätigen Arbeitslosigkeit, der bereits in zweiter Auflage vorliegt, den praktischen Wert der von ihnen neu beschrittenen Wege der Kommentierung erwiesen hat. Nur wäre die Frage zu prüfen gewesen, ob im jetzigen Stadium der Arbeitslosenversicherung ein solches umfangreiches Handbuch angebracht ist; denn das Gesetz kommt anheimelnd nicht zur Ruhe. Bei einer Neuaufgabe wäre zu wünschen, daß die sozialpolitische und rechtliche Kommentierung dieses wichtigen Gesetzes in einem Buche vereinigt wird.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. S. M. Diez Nachf., Berlin SW. 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

„Illustrierte Reichsbanner-Zeitung.“ Erscheint wöchentlich. Postabonnement monatlich 90 Pfg. Postankarten und Verlag J. S. M. Diez, Berlin SW. 68, nehmen Bestellungen an.

„Der Wahre Jakob.“ Ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

„Frauenwelt.“ Halbmonatsschrift. Preis 40 Pfg., mit Schnittmusterbogen 50 Pfg. Verlag J. S. M. Diez Nachf., Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Postämtern und Buchhandlungen.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Infolge Einführung der Invalidenunterstützung am 1. Juli 1930 macht sich wiederum ein Wechsel der Beitrags- und Erwerbslosenmarken notwendig. Deshalb werden alle Verbandsmitglieder ersucht, ihre Mitgliedsbücher bis zum Ablauf der 26. Kalenderwoche restlos in Ordnung zu bringen. Ab 27. Woche dürfen nur neue Marken verwendet werden. Wenn trotzdem noch alte Marken geklebt werden, werden diese Marken auf die Anwartschaft zur Invalidenunterstützung nicht in Anrechnung gebracht. Auf den neuen Marken sind die 10 Pfennig Beitrag für Invalidenunterstützung besonders aufgedruckt. Neue Marken werden erst dann geliefert, wenn mit den alten restlos abgerechnet ist. Es kann deshalb nicht auf Nachzügler gewartet werden. Die Zahlstellenausschüsse sind verpflichtet, pünktlich abzurechnen, damit die gewissenhaften Beitragszahler mit den neuen Marken nicht in Verzug kommen!

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Berichtungen:

Am 15. Juni in Pasewalk um 14 Uhr in der Börse. — In Lebusa (Zahlstelle Liebenwerda) um 11 Uhr im Raubschän Lokal.

Am 22. Juni in Kolberg um 9 Uhr bei Guhke, Stettiner Straße. — In Darkehmen um 9 Uhr bei Bernotat.

Am 29. Juni in Sorau um 9 1/2 Uhr bei Günzel, Triebeler Straße.

*

3. Gau. Wegen plötzlicher Erkrankung des Gauleiters, Kollegen Willi Mühlke, hat dessen Vertretung der Kollege Joseph Eisner übernommen. An der Gauadresse hat sich jedoch nichts geändert; Zuschriften sind nach wie vor an die Büroadresse des Kollegen W. Mühlke, Dresden-N. 21, Auerstr. 6, zu adressieren. Der Verbandsvorstand erwartet, daß zur Regelung örtlicher Vorkommnisse vor allem die zuständigen Bezirksleiter herangezogen werden.

*

Hugsburg. Der Kollege Paul Thiem, geb. 12. Mai 1908 in Bensheim, hat sein Mitgliedsbuch Nr. 80 126 in Unordnung hier zurückgelassen. Kein neues ausstellen!

Verlorene Mitgliedsausweise. In Sproitz das Verbandsbuch Nr. 90 142 für Paul Frindt, Hilfsarbeiter. In Darmstadt Nr. 35 693 für Peter Klappich, Steinmetz.

Die örtliche Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt: In Schivelbein, Perleberg, Landsberg (Warthe), Münster (Westfalen), Riesa, Windisch-Eschenbach und Mainz.

Briefkasten

S. F. S. Dem selbständig gewesenen Schwager steht kein Recht auf Rente aus der Verordnung zu, denn es heißt ausdrücklich, daß Staublung bzw. Berufskrankheit nur in Frage kommt durch berufliche Beschäftigung des Versicherten in einem der Versicherung unterliegenden Betriebe. Der Bescheid der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft ist demnach richtig. Dagegen anzugehen ist vergebliche Mühe.

Anzeigen

Das Nachschlagebuch über alles - für alle!

Der Kleine Herder ist ein Lexikon in einem Bande: das vollkommenste und brauchbarste. Über 50 000 Artikel. 4000 Bilder und Karten. Gründlich. Praktisch. Handlich. Jedermann verständlich. 30 Mark. Teilzahlungen. Probehefte mit Bildern umsonst in allen Buchhandlungen oder vom Verlag Herder in Freiburg im Breisgau.

Den bekanntesten u. bestbewährten handgearb. Steinbruchs Schuh. 14.75 Reelleste Belieferer. Hochw. Qualität.

Verlangen Sie Preisliste Herm. Weibers Berufsschuhwerk Bad Godesberg



Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er-Schuh- u. Lederteschen 13.- Mk., aus II-Drahtleder 9.- und 6.50 Mk. Maurersocken 1.20 Mk. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17.-, II 15.-, III 11.- Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechstangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb

Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Bücher die in kein Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Nickenich am 12. Mai der Steinarbeiter Schmitt, 43 Jahre alt, 7 Tage krank, Lungenentzündung.

In Rütchen am 14. Mai der Hilfsarbeiter Fritz Arens, 69 Jahre alt, Gallenleiden, 4 Monate krank.

In Frickenhausen am 21. Mai der Brecher Peter Stüdlein, 55 Jahre alt, 6 Wochen krank, Magenoperation.

In Elberfeld am 25. Mai der Steinsetzer Ernst Roback, 24 Jahre alt, Lungenentzündung.

In Wellerode am 25. Mai der Pflastersteinmacher Andreas Röll, 52 Jahre alt, Herzschlag.

In Niederlinda am 28. Mai der Schmied Joseph Göbel, 63 Jahre alt, Magenkrebs, 7 Monate krank.

In Würzburg am 30. Mai der Steinmetz Johann Grauf, 45 Jahre alt, Asthma, 6 Monate krank.

In Bensheim am 1. Juni der Steinmetz Mathias Böck, 37 Jahre alt, Lungentuberkulose, 56 Wochen krank.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Wandler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Freigewerkschafter fahren nur

Unternehmen d. Gewerkschaften
Kleinste Wochen oder Monatsraten
LINDCAR-FAHRRADWERK
AKTIEGESELLSCHAFT
Berlin - Lichtenrade.

28 Groß-Niederlagen. Auskunft und Bestellung durch alle Ortsausschüsse des ADGB.